Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

15.1.1924 (No. 12)

Visual Library

№ 12 Dienstag, den 15. Januar 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig. — **Anzeigengebühr** 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Warum kommt die Wirtschaft im Ruhrgebiet nicht in Gang?

Man schreibt uns: Zum Jahrestag des Einfalls der Franzosen und Belgier in das Ruhr- und Rheingebiet bringt die Basler „National-Zeitung", die gewiß nicht als deutschfreundlich angesprochen werden kann, interessante Ausführungen darüber, aus welchen Gründen das Wirtschaftsleben und besonders der Zugverkehr in den besetzten Gebieten nicht in Gang kommen kann. Sie findet die schlechte Bedienung des Verkehrs für erklärlich, solange sie unter dem passiven Widerstand der Eisenbahner zu leiden hatte. Inzwischen haben sich die deutsche Verwaltung und die deutschen Eisenbahner wieder zur Verfügung gestellt, und der Betrieb könnte, so meint die Basler Nationalzeitung längst wieder in normale Bahnen zurückgelenkt sein. Es heißt dann weiter:

„Doch sind wir noch nicht so weit: Im Personenverkehr laufen auf den Strecken, die früher alle Stunden ein Zugspaar sahen, jetzt noch immer den ganzen lieben Tag zwei, drei Paare. Nachts ruht der Verkehr beinahe vollständig. Im Güterverkehr sieht es noch schlimmer aus. Wenn die Zollschwierigkeiten nach wochenlangen Bemühungen wirklich beseitigt sind, liegen die Sendungen selbst dann häufig noch zwei, drei Wochen auf den Grenzbahnhöfen. Daß das ganze Wirtschaftsleben des besetzten Gebiets dadurch außerordentlich erschwert wird, liegt auf der Hand. Wenn man den Gründen nachgeht, so stößt man auf französischer Seite immer wieder auf die Entscheidung, daß das nötige Wagen- und Lokomotivmaterial fehle. Unstreitig herrscht eine großer Mangel an Lokomotiven, zumal die Franzosen große Mengen von Eisenbahnmaterial nach Frankreich abgefahren haben. Aber die Reichseisenbahnverwaltung hat bereits längst mit den Lieferungen begonnen, zu denen sie sich nach der Einstellung des passiven Widerstandes verpflichtet hatte. Damit ist allerdings nur erreicht worden, daß die Verstopfung der Grenzbahnhöfe und damit die Schwierigkeiten aller Art ins Heillose wuchsen.

Die wirklichen Ursachen dieses Versagens liegen ganz einfach in der Regie selbst. Die Franzosen weigern sich, die Verwaltung aus den Händen zu geben und wollen nicht zugeben, daß sie diesen schwierigen Apparat nicht über einen Notverkehr hinaus bewältigen können. Darum haben sie die deutschen Eisenbahner nur zu einem sehr geringen Teil wieder eingestellt, und zwar nach Angaben von unterrichteter Seite im Durchschnitt der örtlichen Verschiedenheiten zu 25 bis höchstens 50 Prozent des früheren Bestandes. Einige wahllos herausgegriffene Beispiele mögen ein Bild davon geben: Der Dortmunder Verschiebebahnhof beschäftigte früher 626 Personen, davon sind bis jetzt 192 von der Regie übernommen, auf dem Hauptbahnhof Dortmund wurden von 401 176 wieder eingestellt, auf einem anderen Dortmunder Bahnhof nur 36 von 297. In Oberhausen sind bisher sogar noch überhaupt keine Einstellungen vorgenommen worden, und das, obwohl Oberhausen schon durch den Abzweig nach Holland, früher einer der wichtigsten Knotenpunkte des Westens war. Die Franzosen helfen sich mit dem einfachen Mittel, daß sie die Züge auf der Strecke Dortmund—Düsseldorf hier einfach ohne Halten durchfahren und die Hollandstrecke eingehen oder doch verkümmern lassen. Gewissermaßen zur Basis des ganzen Regieverkehrs ist der Bahnhof Wanne gemacht worden, der auch früher als besonders moderner Bahnhof, schon eine bedeutende Rolle spielte. Aber es ist nun wieder bezeichnend, daß die 520 Güterzüge, die Wanne früher täglich zu verarbeiten hatte, unter der Regie auf etwa 100 zusammengeschmolzen sind.

Zur Fachunkenntnis kommt der Bürokratismus. Auch dafür ist das Beispiel Wanne charakteristisch. Dort herrscht nämlich ein Franzose, der die Leitung des ganzen Betriebes in den Händen hält, oder vielmehr nicht in den Händen hält. Jedenfalls darf nicht geschehen, was er nicht angeordnet hat, und wenn, wie es die Regel ist, deshalb alles am Abend bis zum Morgen stockt. Die deutschen Beamten, die in ihrer jahrelangen Arbeit geradezu Spezialisten dieses komplizierten Betriebes geworden sind, müssen oft stundenlang warten, bis ihr Chef ihnen den Befehl gibt, von dem, was sie für richtig halten, das Gegenteil zu tun.

Genau so aber setzen sich Bürokratismus und Fachunkenntnis bis in die obersten Verwaltungsinstanzen der Regie fort. Die örtlichen Stellen haben nicht etwa die Befugnisse und Vollmachten, wie sie in der deutschen Verwaltung üblich sind. Alles wird von der obersten Behörde in Mainz verfügt. — Vom grünen Tisch aus durch keinerlei Sachkenntnis getrübt. Unter diesen Umständen können die ganzen Zustände natürlich nicht wundernehmen. Und erst recht nicht die Tatsache, daß bereits drei Gesellschaften an der Regie Pleite gemacht haben, während die vierte nur durch das Versprechen Poincarés gehalten werden soll, daß die Verwaltungskosten der Regie zu den Besetzungskosten zu rechnen und daher von der Reichsregierung zu ersetzen seien. Es ist durchgesickert, daß die Ausgaben nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gedeckt sind.

Darunter hat nun das **deutsche Personal** zu leiden. Die Eisenbahner klagen vor allem über eine wenig gute Behandlung, das Zugspersonal klagt über den unerträglich langen Dienst infolge der großen Zugverspätungen, das Stationspersonal über die Unzuträglichkeiten, die durch die unsachmännische Art der Vorgesetzten hervorgerufen werden. Das Schlimmste aber ist die wirtschaftliche Notlage dieser Leute, deren Bezüge in gar keinem Verhältnis zu denen der Beamten im unbesetzten Gebiet stehen. Es ist zwar vereinbart, daß sie denen der gleichen Kategorien im Betrieb der Reichsbahn gleichkommen sollen, aber das ist infolge der Umrechnung über den Franken eine Farce. Die Regie selbst hat die Not der Beamten und Arbeiter eingesehen und sich auf die Vorstellungen der deutschen Behörde bereit erklärt, vom 16. Dezember ab eine fünfzigprozentige Zulage zu gewähren. Inzwischen aber setzte das scharfe Abgleiten des Franken ein, und damit wurde der Ausgleich wieder illusorisch.

	Bei der Reichsbahn:	Bei der Regie:
Gruppe 4	169,52 Mark	94,32 Mark
„ 7	252,59 „	120,24 „
„ 9	330,69 „	145,44 „
„ 10	422,99 „	180,72 „

Obendrein haben diese Eisenbahner auch noch die Schwierigkeit, den Franken loszuwerden. Nach dem Dienst sieht man sie in Scharen in und vor den Bahnhöfen, um das französische Geld, das sie übrigens zum Kurse von 30 Pfennig annehmen mußten, wenigstens zum Kurs von 20 Pf. loszuwerden an Reisende, die gerade keine Franken bei sich haben. Man kann sich unter diesen Umständen die verzweifelte Stimmung, die unter den deutschen Regiebeamten herrscht, leicht vorstellen. Zumal die Regieverwaltung ihnen einen Vorschuß von 200 Franken entgegen dem ausdrücklichen Versprechen am 1. Januar auf einen Schlag abgelehnt hat, so daß manche Leute noch gerade 20 oder 30 Franken ausgezahlt bekommen haben, mit denen sie nicht einmal die Miete bezahlen konnten. Das Dasein der **deutschen Eisenbahner** im Dienste der Regie ist ein **Martyrium**, das der Regie selbst, sowohl für diese Unglücklichen, wie für das ganze Ruhrgebiet aber ein Unglück. Wenn wir im Ruhrgebiet wieder zu erträglichen Zuständen kommen sollen, so muß die Leitung des Verkehrswesens wieder in deutsche Hände gelegt werden. Es geht nun einmal nicht anders."

Soweit die „Basler National-Zeitung". Wenn sie damit auch keine Neuigkeiten erzählt, so ist es doch zu begrüßen, daß auch in diesen Kreisen die Tatsache erkannt ist, daß das engmaschige und an sich leistungsfähige Netz der Eisenbahnen im deutschen Hauptindustriegebiet nur unter deutscher Verwaltung und mit deutschen Kräften das leisten kann, was es im Interesse der Wirtschaft und der Allgemeinheit leisten muß."

Es ist sehr zu begrüßen, daß allmählich die Wahrheit über die Ursachen der im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet bestehenden kläglichen Zustände im Eisenbahnbetrieb dem Auslande mehr und mehr dem Bewußtsein kommt.

Drohender Eisenbahnerstreik in England

In England droht ein Eisenbahnerstreik. Der „Daily Herald glaubt, obgleich der Zeitpunkt für den Beginn des Eisenbahnerstreiks geheim gehalten werde, mitteilen zu können, daß 59 000 Mitglieder des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer die Arbeit am nächsten Sonntag um Mitternacht einstellen würden, wenn die Lage in der Zwischenzeit nicht eine Änderung erfahre.

Die Streikdrohung der Lokomotivführer gibt, wie die „Frkf. Ztg." aus London meldet, einen erwünschten Stoff ab, um Labour zu bekämpfen. Schon deshalb ist anzunehmen, daß die Labourführer alles aufbieten, um den Ausbruch zu verhindern. Bezeichnend für die Stimmung ist, daß die „Times" versichert, **Macdonalds Regierung** werde nur von sehr kurzer Dauer sein, wenn der Streik ausbreche. Macdonald selbst geriete natürlich in die größte Verlegenheit, wenn die erste Regierungshandlung die Unterdrückung dieses Streiks wäre. Die im Gang befindliche Abstimmung der **Bergarbeiter** dürfte, wie Labour annimmt, sich für die Kündigung des Lohnvertrages aussprechen, so daß die Regierung in wenigen Monaten vor andere, noch wichtigere Lohnstreitfragen geriete.

Zusammentritt der Sachverständigenkommission

Eine programmatische Rede des amerikanischen Vorsitzenden

In Paris ist am Montag das **erste Sachverständigenkomitee**, das sich bekanntlich mit der **Stabilisierung der deutschen Währung** und der Regelung des **deutschen Budgets** beschäftigen wird, zusammentreten. Der Vorsitzende d. Reparationskommission **Barthou** sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die **Amerikaner** an den Beratungen teilnehmen. Er habe volles Vertrauen in die Kompetenz der Sachverständigen. Barthou schlug vor, den amerikanischen Sachverständigen, General **Dawes**, zum Vorsitzenden der Kommission zu ernennen.

Dawes nahm an und hielt eine bemerkenswerte programmatische Rede, in der er dem Herrn von Barthou in seiner Begrüßungsansprache unternommenen Versuch, der Tätigkeit der Experten durch den Hinweis auf ihre Gebundenheit an den Friedensvertrag die bekannten Einschränkungen aufzuerlegen, die Tatsache gegenüberstellte, daß alles, was bisher zur Lösung des Reparationsproblems unternommen wurde, gescheitert ist und scheitern mußte an der **Verfehltheit der angewandten Methode.** Die Rede zeigt eine **Auffassung** von den **Aufgaben der Sachverständigen,** die, auf der Realität der wirtschaftlichen Tatsachen fußend, imstande ist, zu positiven und praktischen Ergebnissen zu gelangen. Aufrichtig, wie der Appell an die Einigkeit der Alliierten, deren Mangel er die Hauptschuld an der kritischen und gefährlichen Situation beizumessen scheint, war auch die **Kritik,** die General Dawes an allen bisherigen Versuchen zur Lösung der Reparationsfrage übte. Dawes erklärte u. a.:

Der Durchschnittsbürger sei sich in allen Ländern nicht über die Hindernisse klar, die einer Regelung der Reparationsfrage im Wege ständen. Diese Hindernisse hätten ihren Ursprung im **nationaln Hochmut,** in der Überheblichkeit und den egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Beamten, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten interalliierten Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung desgleichen in den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und dem **unerträglichen Geschrei jener widerlichen Aasgeier** der nationalistischen Demagogen aller Länder, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel sähen, ihre eigene traurige Persönlichkeit in ein besseres Licht zu setzen. Der Erfolg des Sachverständigenkomitees hänge vor allem davon ab, daß in der Welt eine genaue Vorstellung von dem **Unglück** vorhanden sei, von dem **jeder einzelne der Alliierten** in ganz Europa bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze.

Das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten und das Maß, in dem die Reparationskommission es sich zunutze machen werde, um danach zu handeln, wird vielleicht — fuhr General Dawes fort — die endgültige Antwort auf diese Frage liefern. Als amerikanischer Bürger kann ich weder im Namen der Regierung noch im Namen des amerikanischen Volkes, sondern nur auf meine persönliche Verantwortung sprechen. Ich darf sagen, daß ich **mit Scham und Demütigung die Ergüsse amerikanischer nationalistischer Demagogen gelesen habe,** die Europa Lektionen erteilen wollen, um einen wenig erheblichen Posten zu erlangen oder ihre Popularität zu pflegen. Nehmen wir unsere gemeinsame Arbeit auf mit dem gegenseitigen Vertrauen, das wir während des Krieges zueinander hegten. Fünf Jahre hindurch hat unter den Alliierten **nicht** jenes Einvernehmen geherrscht, das für den Frieden und den wirklichen Fortschritt wesentlich ist. Wir sind soweit gekommen, daß wir heute wissen: Diese **Unfähigkeit, sich über eine gemeinsame Haltung zu einigen,** hat ganz Europa in eine äußerst kritische Lage geführt. Es ist nicht der Augenblick, uns Höflichkeiten zu sagen.

Was haben wir zu Beginn unserer Arbeit in diesem **Sachverständigenausschuß vorgefunden?** Zunächst ein undurchdringliches **kolossales Durcheinander wirtschaftlicher Ansichten,** beruhend auf Tatsachen, die so schnell sich geändert haben, daß die Gesamtheit der Ausgangspunkte selbst dann nichts wert wäre, wenn sie miteinander in Einklang ständen. Man verlangt von uns nicht, daß daß wir die politischen Resultate dieses oder jenes zukünftigen Aktes des gesunden Menschenverstandes verkünden. Es ist Sache der **Reparationskommission,** nicht die unsrige, sich mit den **politischen** Wirkungen des Berichts zu beschäftigen, den wir ihr erstatten werden hinsichtlich eines Planes zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Herstellung des deutschen Budgetgleichgewichts. Wir sind „beauftragt, die Mittel zur Herstellung des deutschen Budgetgleichgewichts und die Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu prüfen". In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Funktionen Deutschland unter der Wirkung einer stabilen Währung und eines ausgeglichenen Budgets sich wieder beleben, wird die deutsche Zahlungsfähigkeit in Erscheinung treten. Dann werden sich zum ersten Mal grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen. Helfen wir **zunächst, Deutschlands Heilung zu erlangen.** Die ersten Maßnahmen, die wir treffen müßten, wäre nach meiner Ansicht ein **System zur Stabilisierung der deutschen Währung.** Es gilt, das Wasser zu finden, das die Mühle des deutschen Budgets treiben soll.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bauen wir die Mühle erst dann, wenn wir das Wasser gefunden haben, das ihre Räder drehen kann.

Das Komitee, das nach dieser Ansprache sich zu einem gemeinsamen Frühstück vereinigte, hat bereits am Nachmittag die **erste geschäftliche** Sitzung abgehalten.

Eine englische Untersuchung in der Pfalz

Die Mission Clive

Der englische Generalkonsul in **München**, Clive, hat sich am Montag morgen über Heidelberg in die Pf[illegible] begeben. In Heidelberg beabsichtigt er, die vertriebenen [illegible]er anzuhören.

England lehnte die von französischer Seite angebotenen militärischen Begleiter ab. Die „Times" verzeichnet mit einiger Ironie, daß die Franzosen umgekehrt zwei Offiziere in die **Kölner Zone** senden werden, um nach dem Rechten zu sehen, was ganz überflüssig sei, weil dort bereits ausreichend französische Stäbe und auch Spione seien."

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, wird der englische Generalkonsul während seiner Untersuchung, die er in der Pfalz veranstaltet, nicht von einem französischen Offizier, sondern von einem französischen Beamten begleitet werden. Auch dieses letztere bedeute allerdings nicht, daß die französische Regierung sich grundsätzlich vor einer eigenmächtigen Untersuchung beugen werde, sie bleibe dabei, daß eine Untersuchung allein von der Rheinlandkommission durchgeführt werden könne. Die französische Regierung halte daher ihren **Protest** aufrecht, sie habe es aber für opportun gehalten, in der Form etwas nachzugeben.

*

Am Samstag hatte das Havasbüro offiziell aus Koblenz gemeldet, daß die Rheinlandkommission die Entscheidung über die Frage der **Anerkennung** der Pfälzer Separatistenregierung auf acht Tage auf Antrag Belgiens verschoben habe. Wie jetzt durch das „Echo de Paris" bekannt wird, ist die Entscheidung auf **unbestimmte Zeit** vertagt worden.

Der Nachfolger des Heinz

Die Nachfolgerschaft des gerichteten Verräters Heinz-Orbis scheint kein begehrter Posten zu sein. Wie aus der Pfalz verlautet, hat der „Wirtschaftsminister" **Bley** die Nachfolge abgelehnt. Da jedoch irgend jemand zum mindesten als provisorischer Präsident fungieren muß, so hat der wegen **Spionage und Unterschlagungen vorbestrafte 23jährige separatistische „Major" Kuhn** von Speyer, eine übel beleumundete Persönlichkeit, die provisorische Führung der „Präsidialgeschäfte" übernommen.

Keine Steuerzahlung an die „Autonomen"!

Das **Landesfinanzamt Würzburg** schreibt: Die „Regierung der autonomen Pfalz" leidet schon seit ihrem Bestehen an chronischem Geldmangel; um diesen zu heben, hat sie in letzter Zeit mehrere Verordnungen über **Besteuerung** der pfälzischen Bevölkerung erlassen. Das Landesfinanzamt Würzburg sieht sich deshalb, um die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren, veranlaßt, bekanntzugeben, daß die den deutschen Gesetzen zuwiderlaufenden Verordnungen der „autonomen Regierung" über die Besteuerung der pfälzischen Bevölkerung nicht nur nach deutschem Recht, sondern auch nach den Anordnungen der Besatzungsmächte rechtswidrig und rechtsungültig sind. Durch eine Abgabe-Entrichtung an die Organe der „autonomen Regierung" wird der Steuerpflichtige von seiner Zahlungspflicht gegen das Reich und die Länder nicht befreit.

Ein neutrales Urteil

Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt zu den Vorgängen in der Pfalz: Die Bluttat von Speyer beleuchtet grell die **unhaltbaren Zustände**, die sich unter dem Terror der Sonderbündler mit offener französischer Duldung in der bayerischen Pfalz herausbildeten. Von Anfang an war offensichtlich, daß Frankreich die pfälzische Separatistenbewegung aktiver unterstütze als die rheinische. Das mag mit der geographischen Lage der Pfalz zusammenhängen, die als unmittelbares Nachbargebiet Elsaß-Lothringens und des von Frankreich bekanntlich heftig umworbenen Saarlandes für die französische Politik eine besondere Bedeutung hat. Unter den Augen des Generals **de Metz** terrorisierte zweifellos eine nur kleine Minderheit der Bevölkerung repräsentierende Autonomistenregierung mit einigen hundert bewaffneten Separatisten das ganze Land rücksichtslos. Es wurde ausgewiesen, wer für die deutsche Regierung arbeitete. Auch die **Rheinlandkommission**, in der Frankreich, Belgien und immer noch England vertreten sind, fing seit Jahresbeginn an, die Verordnungen der Separatistenbewegung offiziell zu registrieren und damit als rechtsgültig anzuerkennen. Gleichzeitig hörte man von einer diplomatischen Demarche, die Lord **Curzon** in Paris unternommen habe, um über die merkwürdige Tätigkeit der französischen Besatzungsbehörde in der Pfalz Aufschluß zu verlangen. Curzons Neugierde und Besorgnis sind verständlich, nicht minder berechtigt aber ist die Frage, **wie lange noch England mit der einen Hand in der Rheinlandkommission die französischen Pläne am Rhein fördern helfen und mit der anderen gleichzeitig in Paris dagegen protestieren will.**

Politische Neuigkeiten

Die Militärkontrolle

Die Note, die seitens der **Reichregierung** unterm 9. Januar an die interalliierte Militärkontrollkommission gerichtet wurde, besagt zu der Ankündigung, daß am 10. Januar und 12. Jan. in Rostock, Berlin, Dresden, Stuttgart, München, Paderborn, Breslau und Frankfurt a. M. Kontrollbesuche vorgenommen werden sollen:

Die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen worden, den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche **zu ermöglichen.**

Die Reichsregierung erklärt jedoch, daß ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in Kontakt bringt, **beendigt** hat. **Diejenigen** Aufgaben, welche die Botschafterkonferenz als noch **offen** betrachtet, und an deren Durchführung die deutsche Regierung mitzuwirken durchaus **bereit** ist, **erfordern keine Besuche** bei militärischen Stellen. Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben wurde alles, was Teil V des Vertrages von Versailles an Abrüstungsforderungen enthält, **längst erfüllt.** Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliegt nach Art. 128 des Vertrages von Versailles nicht einer dauernden Kontrolle, sondern lediglich der **Möglichkeit** einer etwa aus **besonderen** Gründen von dem Rate des Völkerbundes anzuordnenden **Spezialuntersuchung.** Wenn die deutsche Regierung gleichwohl für die am 10. und 12. Januar in Aussicht genommenen Kontrollbesuche die Voraussetzungen geschaffen hat, so geschah das in der gewissen **Erwartung**, daß ihre eben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der interalliierten Militärkontrollkommission **volle Würdigung** findet und daß **von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen** wird.

Weiterer Sturz des Franc

Die Abwärtsbewegung des Franken hat ein Tempo angenommen, das geradezu als **katastrophal** angesprochen werden muß. Das Pfund, das am Samstag noch 90,46 notierte, ist am Montag in Paris auf 96,12 emporgeschnellt, der Dollar von 21,19 auf 22,8 gestiegen. Die Entwertung, die der Franken damit seit 48 Stunden erfahren hat, beträgt demnach nicht weniger als **30 Proz. der Parität.** Die durch die Vorgänge auf dem Devisenmarkt in Wirtschaftskreisen ausgelöste Nervosität hat, wie die „Frankf. Ztg." aus Paris meldet, dazu geführt, daß es an der **Produktenbörse** nicht nur zu keinerlei Umsätzen gekommen ist, sondern daß man selbst auf die Kursnotierungen für Getreide, Mehl, Zucker und Öl verzichtet hat. Der Börsenvorstand hat beschlossen, bis auf weiteres die Notierung der Produktenpreise einzustellen.

Der ehemalige deutsche Finanzminister Bernhard **Dernburg** untersucht im „B. T." die Ursachen des andauernden, wie es scheint, unaufhaltsamen Verfalls der französischen Währung. Er betont, daß es am **wenigsten** im **deutschen** Interesse liege, diesen Prozeß zu begünstigen oder gar darüber eine Genugtuung zu empfinden. Dernburg zieht eine Parallele zu den Erfahrungen, die Deutschland in den letzten Jahren mit seiner Währung machen mußte und meint, auch in Frankreich werde der **Mittelstand**, der **Rentenbesitzer**, der **Beamte** und **Arbeiter** zugunsten der **großen Sachwerte** enteignet. Ferner in der Regelung der Entschädigung der **zerstörten Gebiete** liege der Schwerpunkt der französischen Mißwirtschaft. Frankreich müsse hier Summen zahlen, die weit über die ihnen zugesprochenen deutschen Zahlungen für Reparationen hinausgehen und die nach dem Urteil ganz unabhängiger Sachverständiger von internationalem Ruf zu einem überwiegenden Teil ein **Geschenk** der französischen Nation an die **Großindustrie** darstellen. Der französische Finanzminister **de Lasteyrie** finde keinen Grund zu Unruhen in der inneren oder äußeren Lage Frankreichs. Dernburg weist daraufhin, daß die **verfehlte Politik** Frankreichs ihm seinen Kredit untergraben hat und sagt:

„Glaubt Herr de Lasteyrie, daß bei einer solchen Politik, wie sie Frankreich nach innen und außen führe und nach dem Schicksal, das es Deutschland zu bereiten gedenkt, Frankreich in der Welt noch irgendwo ein **Vertrauen** genießen kann? Die **fremden Besitzer französischer Renten** stoßen sie ab, die **Privatgläubiger** ziehen ihre Forderungen ein, die **Staatsgläubiger** mahnen, die Ratten verlassen das Schiff und die Galizier fahren nach **Paris.** Die Frankendämmerung bedeutet den **endgültigen Zusammenbruch des Gewaltfriedens** und seiner Methoden. Nur **ein anderer Geist** in den europäischen Kabinetten kann **Frankreich** von seiner unwahrhaftigen Gewaltpolitik, **England** von seinen industriellen Nöten erlösen und **Deutschland** wie dem Rest von Europa ein einigermaßen menschliches Dasein sichern."

Kurze Nachrichten

Katholikentag 1924. Wie die „Germania" meldet, hat das Zentralkomitee für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf seiner Tagung in Bad Homburg beschlossen, die diesjährige Generalversammlung in der Zeit vom 31. August bis 2. September in **Hannover** abzuhalten.

Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der „Vorwärts" meldet: Die Beruhigung der Währung hat bereits einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Während die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter im November noch 73 Prozent aller Mitglieder betrug, sank diese Zahl im Dezember auf 53 Prozent herab. Die Zahl der Vollarbeiter stieg gegenüber dem Vormonat auf mehr als das Doppelte.

Die deutsche Auswanderung. Im Dezember 1923 sind über Hamburg 8246 Personen nach Übersee ausgewandert gegenüber 4119 Personen im gleichen Monat des Vorjahres, darunter 6210 deutsche Staatsangehörige, gegen 1771 im Dezember 1922.

Dr. Schweninger †. Professor Dr. Ernst **Schweninger**, der einstige Leibarzt des Fürsten Bismarck, ist im 74. Lebensjahre in **München** gestorben.

Zur Finanzlage der Schweiz. Die endgültigen Zahlen des Budgets der Eidgenossenschaft für das Jahr 1924 sind folgende: Einnahmen: 256 915 000 Fr., Ausgaben 259 179 000, Defizit 38 264 000 Fr. (gegenüber 37,8 Millionen nach dem Budgetentwurf des Bundesrates).

Stillegung der Notenpresse in Polen. Aus **Warschau** wird gemeldet, daß die Stillegung der Notenpresse am 1. Februar ds. Js. erfolgen werde. Dies werde dadurch möglich sein, daß das **Eisenbahnministerium** vom 1. Februar ab keine Zuschüsse aus der Staatskasse mehr erhält und seine Ausgaben durch **die eigenen Einnahmen decken muß.**

Badische Uebersicht

Die landwirtschaftlichen Unfallrenten

In den Kreisen der landwirtschaftlichen Unfallrentner hat es große Mißstimmung und Erbitterung erregt, daß sehr viele Vierteljahresrenten Anfang Januar nur mit einer Milliarde zur Auszahlung gelangt sind und von allen Seiten ist der Berufsgenossenschaft die Schuld dafür beigemessen worden. Ein Verschulden der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft liegt indessen nicht vor. In den geltenden Bestimmungen ist nämlich eine allgemeine Erhöhung der früher festgesetzten Unfallrenten wegen der Geldentwertung nicht zugelassen, vielmehr darin nur vorgesehen, daß zum Ausgleich der Geldentwertung zu den Renten eine Zulage gewährt werden kann. Diese Zulage ist aber **bei Renten unter 20 Prozent überhaupt nicht zulässig**, im übrigen nur an land- und forstwirtschaftliche Arbeiter; an Unternehmer ist sie lediglich dann zu gewähren, wenn sie eine Zulage nach ihren wirtschaftl. Verhältnissen benötigen. So kommt es, daß jetzt sehr viele Unternehmer nur einen Anspruch auf die früher festgesetzten, inzwischen völlig wertlos gewordenen, geringen Papiermarkrenten haben, deren Betrag von der Post mit einer Milliarde ausbezahlt wird, weil sie kleinere Werte nicht mehr besitzt.

Es ist aber eine Reichsverordnung in Vorbereitung, wonach die Unfallrenten, wie dies bei den Invalidenrenten und Renten aus der Angestelltenversicherung bereits geschehen ist, in Rentenmark umgestellt werden sollen; es ist zu erwarten, daß darnach alle früheren Renten, soweit sie nicht etwa bei geringen Graden von Erwerbsbeschränkung überhaupt in Wegfall kommen, in Rentenmark umzurechnen sind. Bis zur Erlassung dieser Bestimmung müssen sich die Rentenempfänger wohl oder übel gedulden. Auch wird die Umrechnung von etwa 20 000 Renten eine gewisse Zeit erfordern. Eine Schädigung derjenigen, die bei der Umrechnung später an die Reihe kommen, ist ausgeschlossen, weil die Umrechnung mit Wirkung von dem in der Verordnung bestimmten Zeitpunkt an erfolgt und bei der Auszahlung ein Verlust durch Geldentwertung nicht zu besorgen ist.

Die Abbaugerüchte an der Freiburger Universität

Das in Freiburg verbreitete Gerücht, die Regierung beabsichtige den Abbau der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, entbehrt, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, jeder Begründung.

Zu dem Angriff des „Karlsruher Tagblatts"

gegen den badischen Innenminister **Remmele** nimmt auch der „Badische Beobachter" Stellung. Das Hauptorgan des Zentrums in Baden schreibt:

„Hier wird von der Nachricht **in** der „Südd. Zeitung" ausgegangen, daß Minister Remmele zum badischen Gesandten in Berlin ausersehen sei, sobald das Arbeitsministerium aufgehoben sei, während Arbeitsminister Dr. Engler Innenminister werden solle — ein Kombination, die uns einstweilen nur das Eigentum der „Südd. Zeitung" zu sein scheint, da **innerhalb der Regierung noch kein Anlaß vorlag, sich mit der anderweitigen Verwendung eines Ministers zu beschäftigen.** Diese Ente der „Südd. Zeitung" wird nun im „Karlsr. Tagblatt" — offenbar von anderer Seite als der Schriftleitung — dazu benützt, um in **rücksichtslosester** Weise gegen Minister Remmele **Stimmung** zu machen. Wir haben nicht die Aufgabe, den Herrn Innenminister zu verteidigen. Aber wir möchten doch unserer unangenehmen Überraschung darüber Ausdruck geben, daß das „Karlsr. Tagblatt" dieser Leistung, die man nur als grobes **persönliches Herunterreißen** bezeichnen kann, Aufnahme gewährt hat. Minister Remmele gehört nicht unserer Partei an; aber wir hätten geglaubt, daß schon die Rücksicht darauf, **daß er als badischer Innenminister mit vorbildlichem Pflichtbewußtsein und anerkennenswerter Energie seine Aufgabe, auch unter für einen sozialdemokratischen Minister sehr schwierigen Umständen gerecht geworden ist,** davon abhalten sollte, in der Weise von ihm zu schreiben,

Bunter Abend im Konzerthaus

Das Landestheater veranstaltete am vergangenen Sonntag einen bunten Abend im Konzerthaus. Und da Herr Baumbach das Ganze leitete, eine solche Leistung aber von vornherein erlesene Genüsse versprach, hatte sich eine derartige Zahl von Besuchern eingefunden, daß der große Raum des Konzerthauses beinahe überfüllt war, und die Darbietungen 20 Minuten später beginnen mußten. Der Verlauf des Abends entsprach den hohen Erwartungen. Natürlich mußte man bei einem so reichhaltigen Programm auch ein paar Langweiligkeiten und Nebensächlichkeiten mit in Kauf nehmen. Das Publikum war sichtlich in bester Stimmung und ging von vornherein mit dem Leiter des Abends, Herrn Baumbach, der gleichzeitig in wirklich geistvoller und witziger Weise den Ansager machte, herzlich mit.

Der sogenannte Clou des Abends war die Aufführung des öffentlich in Karlsruhe bisher noch nicht erlebten grotesken Einakters, „Satans Maske" von Czinner. Der Einakter ist nicht ohne Geist geschrieben und vor allem dramatisch außerordentlich wirksam verfertigt. Sein Thema ist der geistige Kampf zweier begabter Schauspielernaturen. Die Siegespalme hat dem zuzufallen, der sich am allerbesten verstellen kann, so, daß ihm die vollkommene Täuschung des Partners gelingt. Sieger bleibt, nur mit einer Nasenlänge, der Theaterdirektor, meisterhaft gespielt von Herrn Baumbach. Das Spiel der Gegnerin, der jungen, nach Engagement strebenden Schauspielerin (Frl. Clement), ist aber gleichfalls von einer so bezwingenden Verstellungskunst, daß sogar der mit allen Wassern gewaschene Theaterdirektor hereinfällt und schließlich das Engagement vollzieht. Frl. Clement hatte mit ihrer Rolle Gelegenheit, ihr bedeutendes Talent in der Kunst, darstellerisch eine ganz bestimmte Illusion vorzutäuschen, voll zu entfalten. Der Einakter fand bei dem Publikum eine überaus lebhafte Aufnahme.

Der Abend bot außerdem eine Fülle von Einzelleistungen. Erwähnen möchten wir Herrn Warth mit seinen technisch gut gesungenen Schubertliedern, Frl. Nasse als ihr Dasein beklagendes Baby, Frl. Martha Möller, die mit dem Vortrag von ein paar Gedichten bewies, daß sie rezitatorisch ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat, und heute wohl auf einem ganz bestimmten Gebiet mit den besten Meisterinnen ihres Faches verglichen werden darf, Frl. Bonde, mit der endlich einmal wieder der Typ des schönen Mädels seinen Einzug ins Landestheater gehalten hat, Herrn Klöble, Herrn Herz und Herrn Paul Müller.

Große Thoma-Ausstellung in der Schweiz. Der Basler Kunstverein veranstaltet von Mitte Januar bis Ende Februar in sämtlichen Räumen der dortigen Kunsthalle eine große Thoma-Ausstellung. Sie umfaßt etwa 150 Gemälde aus allen Zeiten des Künstlers, sowie eine fast ebenso große Anzahl von Aquarellen und Zeichnungen. Das Material stammt vorwiegend aus Süddeutschland, vor allem aus Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Frankfurt und München. Dank des besonderen Entgegenkommens der Privatbesitzer und Museumsleitungen konnte ein Material zusammengebracht werden, das einen nahezu lückenlosen Einblick in die verschiedenen Schaffensperioden des großen deutschen Meisters vermittelt — einen Einblick wie er bisher nur in der großen Berliner Ausstellung möglich war. Die Basler Ausstellung zeigt jedoch über hundert Werke, die in Berlin nicht ausgestellt waren und bietet somit eine ganz neue und eigenwertige Schau des reichen Schaffens des Künstlers. Die tatkräftige Initiative des Basler Kunstvereins, der seit Jahren eine angesehene Ausstellungstätigkeit entfaltet, wird bei allen Kunstfreunden eine ebenso freudige, wie dankbare Anerkennung finden. Die Vorbereitungen der Ausstellung lagen in der Hand des Direktors der badischen Kunsthalle, Dr. W. F. Storck.

Bad. Landestheater. Leo Weismantels Mysterienspiel „Totentanz 1921" wird am Donnerstag, den 17. Januar, (Abonnement E 11) zum erstenmal im Landestheater wiederholt. Am Freitag, den 18. Januar (Abonnement B 11) geht Georg Kaisers „Nebeneinander", Volksstück 1923, zum drittenmal in Szene. — Im Konzerthaus findet am Sonntag, den 20. Januar, eine Wiederholung des **„Bunten Abends"** mit der einaktigen Groteske „Satans Maske" von Paul Czinner statt. Die Erstaufführung der **„Orestie des Aischylos"** in der Übertragung von Carl Vollmöller erfolgt am Samstag, den 26. Januar.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wie es im „Tagblatt" geschieht. Dies umso mehr, wenn der Anlaß solcher Äußerungen eine ganz vage Zeitungsmeldung ist, der man die **Absicht, nur zu sehr anmerkt.** Wie soll das werden, wenn erst der Wahlkampf anfängt, wenn jetzt schon derartige Leistungen zu verzeichnen sind? Will man damit die schweren Zeiten, in denen wir alle leben, für uns alle leichter machen?" — — —

*

Zu den Gerüchten über **Abbau der Ministerien** und Verwendung etwa freiwerdender Minister bringt der **„Volksfreund"** u. a. folgende Notiz:

„Die **badische Regierung** hat, wie uns mitgeteilt wird, **noch keine Veranlassung gehabt,** sich mit der anderweitigen Verwendung eines Ministers zu beschäftigen. Die Erwägungen über den Abbau sind **keineswegs soweit gediehen,** um den Koalitionsparteien Gelegenheit zu einer **Entscheidung** zu geben."

*

Der Oberamtmann des Amtsbezirks Karlsruhe, **Schaible,** teilt uns zu hinsichtlich seiner Person umlaufenden Gerüchten mit, daß er den Artikel im „Karlsruher Tagblatt" vom 13. d. Mts. über „Personalveränderung im badischen Kabinett" nicht geschrieben habe und ihm völlig fernstehe.

Die badischen Gewerkschaften zur Frage des Abbaus des Arbeitsmiuisteriums

Die badischen Gewerkschaften haben sich wegen des Abbaus des Badischen Arbeitsministeriums mit folgendem Schreiben an die Badische Staatsregierung gewandt:

„Pressemeldungen zufolge soll das Badische Arbeitsministerium aufgehoben und seine Aufgaben auf die übrigen Ministerien verteilt werden. Die gesamten Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften erheben gegen die geplante Aufhebung des Arbeitsministeriums schärfsten Protest. Die in Art. 165 der Reichsverfassung verkündeten Arbeitnehmerrechte sind nur zum Teil verwirklicht. Immer noch fehlt es den Arbeitnehmern an einer den anderen Ständen seit Jahren gewährten öffentlich-rechtlichen Vertretung. Durch diesen Mangel ist die völlige Gleichberechtigung des so wichtigen und an Zahl größten Standes der Arbeitnehmer noch nicht durchgeführt. Das Arbeitsministerium ist in arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Hinsicht dadurch die einzige Stelle unseres Landes, welche im Hinblick auf die ihm zugewiesenen Aufgaben berufen ist, Mittler zwischen den Arbeitnehmern und der Gesetzgebung zu sein. Außerdem hat es die Vermittlung in den großen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer übernommen. Daß es diese Aufgabe glücklich gelöst hat, beweist der Umstand, daß es von den Vertretern aller in Betracht kommenden Kreise sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer getragen wird. Niemals kann ein anderes Ministerium, daß diese Aufgaben nicht als seine hauptsächlichsten betrachtet, die Interessen der Arbeitnehmer in gewünschtem und in Hinblick auf den badischen Wirtschaftsfrieden notwendigen Maße übernehmen. Beseitigt man das Arbeitsministerium, so beseitigt man gerade die Stelle, welche in erster Linie die Interessen der Arbeitnehmer und die soziale Wohlfahrt des Landes zu vertreten hat.

Wir richten daher gemeinsam an das Staatsministerium den dringenden Appell, das Arbeitsministerium zu belassen, die Gewerkschaften aller Richtungen würden die Beseitigung des Arbeitsministeriums als eine weitere Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer betrachten. Wir ersuchen daher das Staatsministerium einmütig und dringend, mit aller Kraft für die Erhaltung des Arbeitsministeriums sich einzusetzen. Wir bitten noch, uns alsbald zur Kenntnis zu bringen, daß die Beseitigung des Arbeitsministeriums nicht erfolgt.

Landesausschuß Baden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesgeschäftsstelle Baden des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesverband Baden, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände."

Die Handwerkskammer zur Steuergesetzgebung

Die **Handwerkskammer Karlsruhe** hat ihre Bedenken zu den alten und neuen Steuern den maßgebenden Stellen vorgetragen und u. a. gefordert:

1. Die Finanzreform ist von der Ausgabenseite zu erfassen durch Einschränkung, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit; neben der Vereinfachung der Steuergesetze ist die Zahl der Steuern erheblich zu verringern, wobei zur Beurteilung des Ausmaßes der Steuerbeträge, welche Reich, Länder nud Gemeinden notwendig haben, die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen mehr als bisher hinzuzuziehen sind.

2. Mit der Vereinfachung der Steuern ist auch eine weitgehende Vereinfachung des Steuererklärungs- und Steuererhebungsverfahrens herbeizuführen.

3. Die am 10. Januar fällige fünfte Rate der Einkommensteuer für 1923 kann vom Handwerk und Gewerbe, das infolge der Inflationssteuer einen großen Teil seiner Substanz bereits eingebüßt hat, nicht durchweg getragen werden. Die Steuerpflichtigen in Handwerk und Gewerbe werden daher aufgefordert, überall da, wo die Steuer ohne Verringerung des produktiven Kapitals nicht bezahlt werden kann, um Stundung bezw. Erlaß der Steuern nachzusuchen. Die Finanzämter sind seitens des Reichsfinanzministeriums angewiesen, die Gesuche auf ihre Richtigkeit zu prüfen und zu berücksichtigen.

4. Die für 1924 vorgesehene Einkommensteuer bedeutet nichts anderes, als eine auf die reguläre bereits auf 2½ Prozent erhöhte Umsatzsteuer aufgepfropfte zweite Umsatzsteuer, die notgedrungen zur weiteren vertikalen Konzentration der Betriebe führen muß. Sofern für den gewerblichen Mittelstand nicht weitgehende Ermäßigungen, die vom Reichsfinanzminister erlassen werden können, eingeführt werden, wird sie den Untergang dieses Standes noch mehr beschleunigen.

5. Die Gewerbesteuer ist nach dem Maßstab des Ertragswertes, und zwar eines Ertragswertes, der den jetzigen Verhältnissen des gewerblichen Mittelstandes entspricht, aufzubauen. Es wird deshalb nach wie vor die Besteuerung nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert gefordert.

6. Die Zurückgabe der **Finanzhoheit an die Länder und Gemeinden** ist eine alte Forderung des Handwerks und Gewerbes; es hat aber die Festlegung einer Beschränkung der von Land und Gemeinden zu erhebenden Steuern bezw. zu machenden Zuschlägen nach oben zu erfolgen.

7. Der vom Reichsgericht neuerdings anerkannte, auf Treu und Glauben sich gründende Anspruch auf Aufwertung alter Markschulden kann durch einen Akt der Gesetzgebung nicht beseitigt werden. Die Abwälzung der Mietzinssteuer steigert die Miete ins Unerträgliche, hemmt die Tätigkeit des Baugewerbes und des gesamten damit zusammenhängenden Gewerbes und hat die fortdauernde Vernachlässigung der Gebäudeunterhaltungen zur Folge. Die Handwerkskammer wendet sich nicht gegen eine steuerliche Erfassung bereits erzielter Inflationsgewinne, kann es aber nicht gutheißen, daß neue Inflationsgewinne durch Beseitigung des Anspruchs auf Aufwertung erst künstlich geschaffen werden, um sie dann wegzusteuern.

Im Artikel 153 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß eine Enteignung nur auf Grund gesetzlicher Unterlagen und nur zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen kann, und ferner, daß sie nur erfolgen darf gegen eine angemessene Entschädigung.

Badische Gesellschaft für soziale Hygiene

Am Sonntag fand in **Karlsruhe** im Sitzungssaale des Arbeitsministeriums die satzungsgemäße allgemeine Mitgliederversammlung statt, die diesmal geldiglich geschäftliche Angelegenheiten diente, sie wurde vom 1. Vorsitzenden, Prof. Dr. med. **K. Baas,** geleitet. Den Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft seit der letzten, im April 1922 veranstalteten ordentlichen Versammlung erstattete der Geschäftsführer der Gesellschaft Dr. A. **Fischer.** Mannigfaltige wissenschaftliche und praktische Arbeiten wurden, trotzdem die Gesellschaft mit großen Schwierigkeiten, besonders in finanzieller Hinsicht, zu kämpfen hat, geleistet. Über die Kassenverhältnisse berichtete Architekt **Curjel.** Bis zum Beginn des Jahres 1923 waren die Geldangelegenheiten der Gesellschaft zufriedenstellend; im Jahre 1923 entwertete sich der Geldbesitz der Gesellschaft trotz namhafter Zuwendungen von privater Seite derart, daß ein Fehlbetrag entstand, der inzwischen jedoch durch einen Vorschuß eines Mitgliedes gedeckt wurde. Geh. Oberregierungsrat Dr. **Lange,** Präsident des Badischen Frauenvereins, wies auf die Bedeutung der zentralen Wohlfahrtsorganisationen, zu denen auch die sozialshygienische Gesellschaft gehört, hin; solche Einrichtungen wirken schon durch ihre bloße Existenz, und man muß unbedingt für ihre Lebensfähigkeit sorgen. Stadtoberrechnungsrat **Griebel** hat die Rechnungen geprüft und in Ordnung gefunden. Auf Vorschlag des ersten Vorsitzenden wurde dem Kassenwart Entlastung erteilt. Über den für das Jahr 1924 zu erhebenden Mitgliedsbeitrag entspann sich eine längere Aussprache, an der sich außer den Vorstandsmitgliedern Landtagsabgeordneter Regierungsrat **Rausch,** Bezirksarzt Dr. **Duffing**-Eppingen und Krankenkassenverwaltungsdirektor **Siegmund** beteiligten. Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder wurde auf wenigstens 4 M., für körperschaftliche Mitglieder auf wenigstens 20 M. festgesetzt, doch soll der Arbeitsausschuß befugt sein, erforderlichenfalls vor Ausgabe der nächsten Nummer der „Sozialhygienischen Mitteilungen" eine Erhöhung vorzunehmen.

Kommunale Rundschau

Der Wiederaufbau des Reise- und Fremdenverkehrs in Baden

Der Badische Verkehrsverband E. V. Karlsruhe teilt mit:

Die mit Einführung der Rentenmark eingetretene grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftslebens mit Absatzkrisis und Arbeitslosigkeit, die Beendigung des Lebensmittelmangels, der Wegfall der Valutavorteile für Reisende aus dem Ausland und die entgegengesetzte verkehrsablenkende Auswirkung unserer hochwertigen Währung, die Einschränkung des Fahrplans infolge Verkehrsrückgangs und der notwendig gewordene Abbau bei den Verkehrsanstalten ergeben in Verbindung mit der Aufhebung der Verkehrssperre bei Offenburg mit zwingender Notwendigkeit die Wiederaufnahme einer großzügigen Werbetätigkeit zur Förderung des Reise- und Fremdenverkehrs in Baden. Nur der Fremdenverkehr ermöglicht insbesondere in Baden die Aufrechterhaltung eines den Bedürfnissen des Handels und der Industrie und der einheimischen Bevölkerung entsprechenden regen Zugverkehrs und die ganzjährige Bedienung des ausgedehnten Gebietes des Schwarzwaldes mit einem Netz von Kraftwagenlinien.

Der Ertrag aus dem Fremdenverkehr verästelt sich in die feinsten Adern des gesamten Wirtschaftslebens. Mit dem Hotel- und Gastwirtsgewerbe ist ein ganz gewaltiger Komplex wirtschaftlicher Existenzen aufs engste verknüpft, ungeheure in Fremdenverkehrsbetrieben angelegte Kapitalien stehen auf dem Spiel, wenn der Fremdenverkehr ausgeschaltet bleibt. Das gleiche gilt von den Bädern, den Kurorten, den Sanatorien, überhaupt von allen irgendwie auf den Ertrag aus dem Fremdenverkehr angewiesenen Einrichtungen der Städte und Gemeinden. An dem Blühen und Gedeihen des Fremdenverkehrs sind weiterhin Hunderte von gewerblichen Betrieben aller Art beteiligt, sei es durch den hervorgerufenen Bedarf an Gegenständen des täglichen Gebrauchs oder von Luxusgegenständen. Der Buchhandel, das Kunsthandwerk und nicht zuletzt die bildende Kunst und das Theater, Museen und Sammlungen verdanken einem regen Fremdenverkehr ganz wesentliche Förderung. Auch freie Berufe wie Ärzte usw. sind an einem regen Fremdenverkehr lebhaft interessiert. Der Fremdenverkehr schafft Arbeitsgelegenheit, vermehrt die Steuerkraft und hilft so die finanziellen Lasten der Allgemeinheit mittragen. Die Mitwirkung an der Wiederaufrichtung des Fremdenverkehrs bedeutet also nicht nur Wahrung wichtiger Landesinteressen, sondern Förderung von Handel und Industrie, von Produktion und Konsum in Stadt und Land und somit die Förderung des Gemeinwohles und der Wohlfahrt des Landes.

Den neuen veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, hat zwar die badische Regierung die bisherigen Bestimmungen über die Einschränkung des Ausländerverkehrs, wenn auch noch nicht restlos, vor kurzer Zeit aufgehoben, die Nachwirkung dieser Maßnahmen im Ausland ist hierdurch jedoch noch nicht beseitigt. Obwohl die für die wichtigsten Fremdenplätze in Baden katastrophalen Folgen des infolge der Verkehrsunterbrechung bei Offenburg und Appenweier ausgebliebenen großen internationalen Fremdenstromes vor Augen stehen, hat doch die Stimmung weiter Kreise noch keine genügende neue Einstellung zu den von Grund aus veränderten Verhältnissen erfahren, weil die bisherigen Ernährungsnöte und die jetzt ebenfalls überholte zu hohe Kaufkraft der fremden Währungen noch vor kurzer Zeit die Stimmung gegen den Fremdenverkehr zu nachhaltig beeinflußte.

Der Badische Verkehrsverband als gemeinnützige Landesorganisation für badische Verkehrsinteressen hält deshalb eine Klärung dieser Fragen durch eine Kundgebung unter Beteiligung der Regierung und Behörden sowie der berufenen Vertreter des Landes und aller beteiligten Wirtschaftskreise für dringend notwendig. Auf diese Weise soll zunächst die außerordentliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Wirtschaftsleben unseres Landes und die Aufrechterhaltung günstiger Verkehrsverhältnisse in weiteste Kreise getragen werden, darüber hinaus soll dem übrigen Deutschland und dem Ausland gezeigt werden, daß die bisherigen, den Fremdenverkehr beeinträchtigenden Umstände behoben und die Besucher unseres Landes wieder willkommen und einer freundlichen Aufnahme versichert sein dürfen. Nach Schaffung dieser unentbehrlichen Grundlage ist alsdann eine intensive großzügige Werbetätigkeit geplant. Da das badische Land mit seinen reichen landschaftlichen Schönheiten, seinen weltbekannten Bade- und Kurorten, handels- und industriereichen Städten, Hochschulen und Pflegestätten der Kunst in Verbindung mit der unvergleichlich günstigen Verkehrslage an der Hauptlinie des Nord-Südverkehrs alle Voraussetzungen für einen starken Verkehr in hohem Maße erfüllt so dürfte die Notwendigkeit und der Erfolg solcher Bemühungen nicht zu bezweifeln sein.

Ermäßigung der Wasser- und Lichtpreise. Der Stadtrat in **Mannheim** hat infolge eines Antrages der Direktion der Werke und eines Beschlusses des Bürgerausschusses in eigener Zuständigkeit die städtischen Gebühren z.-T. erheblich herabgesetzt. So wurde der Wasser-, Grund- und Mehrverbrauchspreis von 30 auf 20 Pf. für den Kubikmeter, den Gaspreis von 20 auf 18 Pfg. für den Kubikmeter, den Lichtstrompreis von 60 auf 54 Pfg., der Kraftstrompreis von 30 auf 27 Pfg. und der C-Strompreis von 16 auf 14 Pfg. für die Kilowattstunde ermäßigt.

Rückgang des Fremdenverkehrs in Baden-Baden. Von welch einschneidendem Einfluß die politischen Verhältnisse auf die Fremdenindustrie sein können, beweist eine Statistik, die soeben über die **Frequenz** der Bäderstadt Baden-Baden im Jahre 1923 herausgekommen ist. Danach ist die Gesamtzahl der Besucher im vergangenen Jahre auf 55 249 zurückgegangen, während sie im Jahre 1922 noch 85 208 betrug. In der Hauptsache ist dieser Rückgang auf die Ruhrbesetzung und die Besetzung badischen Gebietes zurückzuführen, die viele Reiselustige davon abhielt, im Schwarzwald den gewohnten Sommeraufenthalt zu nehmen. Besonders auffallend groß ist der Rückgang der Zahl der Besucher aus dem **Ausland,** die von 35 552 auf 15 199 zurückging. So kamen z. B. im Jahre 1923 aus Holland 2566 Gäste (1922 waren es 9105), aus der Schweiz 1289 (4611), aus Frankreich 459 (4611), aus Belgien 39 (710), aus England 1131 (2394), aus Amerika 2514 (4844). aus Rußland 1972 (2496) und aus den nordischen Ländern 1225 (2452). Auch der im August einsetzende rapide Währungsverfall machte sich in der Besucherzahl geltend, denn während in den Monaten August-September 1922 im ganzen 24 431 Besucher gemeldet wurden, ging diese Zahl in den gleichen Monaten 1923 auf 12 803 zurück; in den folgenden Monaten ging dann die Zahl noch weiter zurück, so daß von einer eigentlichen Herbstsaison kaum die Rede war. Ähnlich wie in Baden-Baden waren die Frequenzverhältnisse in fast allen Schwarzwaldbädern, aber man hofft, daß sie sich in diesem Jahre wieder günstiger gestalten werden.

Der Bürgerausschuß in **Meersburg** setzte die Gemeindeumlage für die letzten drei Monate des Rechnungsjahres bis Ende März 1924 fest. Der ungedeckte Aufwand beträgt 3967 Mark (wie 1914). Die Höhe des Fehlbetrages ist beeinflußt durch die sozialen Lasten und die Erwerbslosenfürsorge, sowie andere wohltätige Einrichtungen. Die Umlegung des genannten Betrages ergibt einen Umlagefuß von 3 Pfennig einfach, also für den Steuerwert des Betriebsvermögens 3 Pfennig, für Gebäude 6 Pfennig, für einzeln geschätzte Grundstücke 12 Pfennig, für klassifizierte Grundstücke und Wald 24 Pfennig, während die Umlage nach der früheren Berechnungsart im Jahre 1914 37 Pfennig betrug und 1918 sogar 45 Pfennig. Von der Umlage ist die Hälfte sofort zur Zahlung fällig, ein weiteres Viertel am 15. Februar und 15. März.

Die finanzielle Lage der Stadt Berlin. Im Berliner städtischen Haushaltsausschuß schilderte der Kämmerer die finanzielle Notlage der Stadt Berlin. Zur Balanzierung des Etats für das erste Vierteljahr 1922 seien 66 Millionen Goldmark erforderlich, von denen nur 42 Mill. durch Steuern und andere Einnahmen gedeckt seien. Um den **Fehlbetrag** von 24 Mill. zu decken, bedürfe es eines Zuschlages zur staatlichen Grundsteuer von 400 Prozent und daneben einer Vervierfachung der Gewerbesteuer. Solche Steuersätze seien allerdings nicht tragbar, aber ohne neue Deckung gehe es nicht, wenn die Ausgaben auch noch so sehr beschränkt würden. Der Magistrat bleibe daher bei seiner Forderung eines 100prozentigen Zuschlages zur Grundsteuer und schlage daneben eine Verdoppelung der Lohnsummensteuer vor.

Der Kölner Oberbürgermeister a. D. Becker †. Fast 89 Jahre alt, ist in Köln Wilhelm v. Becker, der von 1886 bis 1907 an der Spitze der Kölner Stadtverwaltung stand, gestorben. In dieser langen Zeit vollzog sich eine mächtige, durch zwei große Stadterweiterungen veranschaulichte Entwicklung Kölns.

Aus der Landeshauptstadt

Der 18. Januar, der denkwürdige Tag der Gründung des Reiches wird in diesem Jahre nicht wie im Vorjahr, wo der Franzoseneinbruch jegliche Gedenkfeier unmöglich machte, ohne feierliche Erinnerung an seine nationale Bedeutung vorübergehen. Die badische Regierung wird in einer ernsten Feierstunde am Abend des 18. Januar in der Festhalle des Taegs gedenken, der der Zerrissenheit der deutschen Stämme ein Ende gemacht und dem im Reiche zusammengeschlossenen deutschen Volke eine neue politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung erschlossen hat. Dem Gedanken der Reichseinheit und Reichstreue wird denn auch die Feier der badischen Regierung gewidmet sein. In **Fritz von Unruh,** der mit Recht als der stärkste Repräsentant des geistigen jungen Deutschland bezeichnet worden ist, wird der tiefe nationale Inhalt der Feier einen begeisterten und wahrhaft über den Parteien stehenden Sprecher finden. Sein tiefer Glaube an eine deutsche Zukunft und seine heiße Liebe zu dem werdenden Deutschland werden, wie in vielen seiner Reden, auch in dieser Festansprache die in der Not des Alltags müde gewordene deutsche Zuversicht mit neuer Kraft emporreißen.

Die Ausgabe von Rentenmünzen wird nunmehr Mitte Januar in verstärktem Maße einsetzen. Bisher hat die Prägung noch unter schwerwiegenden technischen Hemmnissen zu leiden gehabt. Ursprünglich hatte man an den zuständigen Stellen gehofft, bereits zu Beginn des neuen Jahres große Mengen von Münzen in den Verkehr bringen zu können, aber neue Schwierigkeiten stellten sich ein, die erst beseitigt wurden. In der Berliner Münze sind bisher 40 Millionen Geldstücke zu 1, 2, 5, 10 und 50 Pfg. geprägt worden. Im ganzen sollen von dieser Stelle aus etwa 300 Millionen in den Verkehr geworfen werden. Gleichfalls 300 Millionen Stück werden die übrigen Münzanstalten in Hamburg, München (für Bayern), **Karlsruhe** (für Baden), Stuttgart (für Württemberg) und Muldenhütten (für Sachsen) zur Ausgabe bringen. Zunächst sollte auf den Kopf der Bevölkerung Metallgeld im Werte von etwa einer Rentenmark entfallen. Um den Gesamtbedarf an Kleingeld decken zu können, ist beabsichtigt, nunmehr soviel Münzen zu prägen, daß etwa 2,50 Rentenmark auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Vorläufig freilich hat sich der Mangel an Kleingeld, der sich bereits seit Wochen bemerkbar macht, so verschärft, daß unter seiner Einwirkung der Zahlungsverkehr vielfach nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten vor sich geht.

Der Minister des Innern.
Nr. 1932

Karlsruhe, 8. Januar 1924

Karlsruher Zeitung betr.

Folgende Preisfestsetzung wird genehmigt:

1. Bezugspreis für den Monat **Januar** und **Februar** für die Postbezieher, einschließlich Staatsbehörden, 3,50 GM.

J. V.: Leers.

Freiwillige Feuerwehr, 2. Kompagnie. Einen schönen Familienabend veranstaltete die 2. Kompagnie am Montag abend im Saale und den Nebenlokalitäten des Goldenen Adlers (Kamerad Porr). Nach einleitenden Musikstücken seitens einer Abteilung der **Feuerwehrkapelle** sprach Fräulein Hermine **Porr** wirkungsvoll einen Prolog. Hauptmann **Kärcher** begrüßte in einer Ansprache das anwesende Kommando, die verabschiedeten Kameraden, sowie alle diejenigen, welche erschienen seien, um den Abend mit zu begehen. Redner schloß mit der Losung: „Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr". Nunmehr brachte Herr **A. Gruneisen** jun. zwei Violinsolis zu Gehör, wobei er in Fräulein v. **Müller** eine feinsinnige Begleiterin fand. Ein allerliebstes Tanzduett „Als der Großvater die Großmutter nahm" brachten die beiden jungen Damen: Frl. **Ostertag** und Frl. **Stehle.** Es folgte von Herrn Willy **Eder** ein Cello-Solo und später sang Herr **Eder** in wunderschöner Weise „Die Pierette" und erntete verdienten Beifall. Fräulein E. **Porr** sang hierauf das Originalcouplet „Meißener Porzellan" in hübscher, ansprechender Weise. Ein heiteres Stückchen „Die bösen Buben" brachten 5 Damen zum Vortrag. Das Programm wurde abgeschlossen durch die humoristische Verlosung „Spiegelbilder", arrangiert von Kamerad **Leonhardt,** und wurden verschiedene Kameraden in den Kreis der chronistischen Aufzeichnungen gezogen. Hauptmann **Gruneisen** dankte den Mitwirkenden für ihre Dienste und überzab den Damen je eine Erinnerungsgabe, für welche Fräulein **Zahs** dankte. Die Veranstaltung stand unter der Leitung von Hauptmann **Gruneisen** und Wehrmann **Leonhardt** und dürfte den Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark.

	15. Januar		12. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . .	1 581 038	1 588 962[13]	1 596 000	1 604 000[15]
Kopenhagen .	738 150	741 850	738 150	741 850
Italien . . .	191 520	192 480	192 019	192 981
Londn . . .	17 955 000	18 545 750[15]	17 955 000	18 045 000[15]
Newyork . . .	4 189 500	4 210 500[10]	4 189 500	4 210 500[10]
Paris	189 525	190 475	189 525	190 475
Schweiz . . .	742 140	745 860	742 140	745 860
Prag	125 186	126 814	125 186	126 814
Wien (100 Kronen)	61 596	61 904	61 596	61 904

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Kreditnot und Scheckverkehr.

Bei der Besprechung, die kürzlich im Badischen Ministerium des Innern in Anwesenheit des Wehrkreiskommandeurs stattfand, wurde, wie gemeldet, auch die Frage berührt: ob nicht die herrschende Arbeitsnot zum Teil auf Kreditmangel zurückzuführen sei. Darauf wurde festgestellt, daß die Erlangung von Kredit zurzeit allerdings schwierig sei. Von mancherlei Ursachen abgesehen beruht dies darauf: den Banken fließen nicht wie früher Spargelder oder vorübergehend nicht benötigte Beträge zu; insbesondere werden Rentenmarkscheine zurückgehalten und gelangen nur spärlich in die Kassen der Banken. Diese können infolgedessen nur in begrenztem Maße Geld weiterverleihen.

Namentlich aber ist der **Scheckverkehr** außerordentlich zurückgegangen. Früher wurde jeder verfügbare Betrag dem Bankkonto überwiesen, und Zahlungen wurden bargeldlos geleistet. Jetzt aber wird vielfach wie in alten Zeiten durch Übersendung von Geldscheinen, und zwar Rentenmark und Papiermark, gezahlt. Es leuchtet ein, daß hierdurch dem Verkehr unnötigerweise Zahlungsmittel entzogen werden. Auch diese Tatsache hemmt die Hingabe von Krediten.

Es ist daher — wie die Handelskammer Karlsruhe mitteilt — dringend zu wünschen, daß sich Industrie und Handel wieder dem **Scheckverkehr** zuwenden. Es war zu verstehen, daß in den Zeiten täglicher Geldentwertung eine Abkehr vom Scheck erfolgte. Damals war Gefahr, daß bis zur Einlösung des Schecks unwiderbringlicher Verlust entstand. Seitdem aber unser Geldwesen — wie wir hoffen wollen, für die Dauer — Stetigkeit erlangt hat, entfällt diese Sorge. Die Beteiligten sollten sich daher wieder all der Vorteile erinnern, die mit dem Scheckverkehr verbunden sind: vereinfachte Form der Zahlung, Ausschließung von Verlusten durch Abhandenkommen des Bargeldes, Ersparung von Kosten und Mühe der Versendung, Verzinsung der bei der Bank unterhaltenen Guthaben usw. Vor allem aber trägt jeder Industrielle und jeder Kaufmann durch Förderung des Scheckverkehrs an seinem Teil zur Behebung des Kreditmangels und damit zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft bei.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für **Mündelgelder und als wertbeständige Effekten** sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	12
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	10
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	2,5
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca.	2,5
5% Preußische Kali-Anleihe pro 100 kg . . .	ca.	—
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr. . . .	ca.	—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	—
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs	ca.	4,2
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	4,2

Ferner nennen wir noch die nicht mündelsichere wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, 5% G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim . . . . ca. 1 Billion

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Dem Apotheker August Meiß in Mannheim wurde die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Stern-Apotheke daselbst verliehen.

Karlsruhe, den 11. Januar 1924.

Badisches Ministerium des Innern.

Remmele.

Die **Ortslöhne** im Bezirke des **Oberversicherungsamts Freiburg** werden auf Grund der §§ 151, 149 R.V.O. **mit Wirkung vom 1. Jan. 1924** an bis auf weiteres neu festgesetzt wie folgt:

Für den Bezirk des Versicherungsamts	Ortslohn für männliche Personen				Ortslohn für weibliche Personen			
	unter 14 J.	14–16 J.	16–21 J.	über 21 J.	unter 14 J.	14–16 J.	16–21 J.	über 21 J.
	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.
1. Breisach . . .	60	160	240	280	60	120	180	200
2. Emmendingen .	60	170	250	300	60	130	200	220
3. Ettenheim . .	60	160	220	250	60	120	170	200
4. Freiburg-Stadt .	—	250	340	370	60	190	250	280
„ -Land .	60	150	220	250	60	120	170	200
5. Kehl	60	160	250	300	60	130	200	220
6. Lahr	60	160	250	300	60	120	180	200
7. Lörrach . . .	60	180	250	300	60	150	220	250
8. Müllheim . .	60	180	240	280	60	130	200	220
9. Neustadt . . .	60	170	240	280	60	120	170	200
10. Oberkirch. . .	60	160	250	280	60	120	180	200
11. Offenburg-Stadt	60	250	300	350	60	150	220	250
„ -Land.	60	150	220	250	60	120	170	200
12. Schönau . . .	60	160	230	280	60	120	170	200
13. Schopfheim . .	60	180	250	300	60	140	180	200
14. Staufen . . .	60	160	240	280	60	120	170	200
15. Waldkirch . .	60	180	250	300	60	120	170	200
16. Wolfach . . .	60	180	250	300	60	120	180	200

Beiträge und Leistungen, die sich auf die Ortslöhne gründen, sind bei der Zahlung in Papiermark nach dem amtlichen Berliner Mittelkurs des Dollars umzurechnen.

Freiburg, den 2. Januar 1924.

Badisches Oberversicherungsamt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Verwaltungsobersekretär Alfred **Ehret** beim **Bezirksamt** Freiburg zu jenem in Offenburg.

Justizministerium.

Zurückgenommen die Versetzung:

des Notars Dr. Oskar **Geiger** in Rheinfelden nach Ettlingen.

Arbeitsministerium.

Versetzt:

Bezirksbauoberkontrolleur Alfred **Reichle** beim **Bezirksamt** in Achern zum Bezirksamt in Heidelberg; **Bezirksbaukontrolleur** Ludwig **Zink** beim **Arbeitsministerium** zum **Bezirksamt** in Achern.

Vom 12. bis 19. Januar 1924

Inventur-Ausverkauf

Herren-Stoffe, Damenkleider-Stoffe
Damen-Konfektion
Aussteuer - Artikel, Baumwollwaren
zu weit herabgesetzten Preisen

Kaiserstr. 113 **W. Boländer** Kaiserstr. 121

D.23

Eingetroffen sind drei weitere Schiffsladungen mit

Ruhr-Fettnuß I, II, III, IV
„ **Anthracitkohlen I, II**
„ **Schmiedekohlen (Shamrock)**
„ **Maschinenkohlen**
„ **Fettschrot**

Kohlen-Stromeyer
Karlsruhe-Rheinhafen
Telephon Nr. 906 und 907

D.27

Badisches Landestheater.
Dienstag, 15. Jan. 7 b. g. 10 Uhr. Sp. I 5.40 M.
Abonnement A 11.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201—1600 und 2401—2500.
Der Freischütz.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 16. Jan. 6½ b. g. 10 Uhr. Sp. I 5.40 M.
Abonn. F 12. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4501—4900.
Tannhäuser u. der Sängerkrieg auf Wartburg

Detektiv Institut -u. Privat-Auskunftei **„Argus"** „Mannheim" O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305 A. Maier & Co., G. m. b. H

Ia. Steinkohlen
Koks, Grudekoks
Steinkohlen- u. Braunkohlenbriketts
Brennholz
liefern
Carl August Nieten & Co.
Kohlenhandelsgesellschaft
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506
Durlacher Allee 10 (Vertr.: **Wilh. Kaeller**)
Fernsprecher 5724 D.14

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Beamter,
perfekt im Gemeinde- und Sparkassenrechnungswesen, kameral. wie kaufm. Buchführung, bilanzsicher, erfahren im Bank- und Börsenwesen, Korrespondent, z. Zt. in leitender Stellung, sucht anderweitige Position.
Angebote erbeten unter D. 25 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Wohnhaus u. Fabrikgebäude
letzteres für Tabakfabrikation geeignet
gegen Goldmark zu kaufen gesucht.
Gegend Heidelberg-Karlsruhe bevorzugt.
Angebote mit äußerstem Preis sind unter D. 24 an die Expedition der Karlsruher Zeitung zu richten.

Fundsachen betr.

Im Monat Dezember 1923 wurden eine Anzahl Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert, deren Verzeichnis in der Meldestelle angeschlagen und auf Zimmer 18 zur Einsicht aufliegt. V.69

Karlsruhe, den 10. Januar 1924. O.Z. 3

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Öffentliche Klagzustellung.

II.858.2 **Weinheim.**

Friedrich Wehrle, geb. am 27. Okt. 1919 in Karlsruhe, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Heckmann in Weinheim, klagt gegen den Kaminfeger **Fritz Jäger** in Weinheim, z. Zt. unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, den Beklagten durch vorläufig vollstreckbares Urteil zu verurteilen, an das klagende Kind zu Handen seines Vormunds — Städt. Jugendamt Karlsruhe — anstelle der im Urteil vom 21. April 1922 bereits zuerkannten 350 M. eine monatliche in Halbmonatsraten vorauszahlbare Unterhaltsrente von 20 Goldmark zu leisten, zahlbar in gesetzlichen Zahlungsmitteln nach dem Stande des amtlichen Berliner Dollarbriefkurses v. Vortage des Zahlungstages, beginnend mit dem Zustellungstage der Klage u. endigend mit der Vollendung des 16. Lebensjahres des klagenden Kindes und dem Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.

Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Weinheim ist bestimmt auf: **Freitag, den 21. März 1924, vormittags 9 Uhr.**

Der Beklagte wird hierzu geladen.

Weinheim, 17. Dez. 1923.

Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Öffentliche Versteigerung alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Kochherde, Zimmeröfen, Backöfen, Schränke u. a. m. gegen Barzahlung am **Donnerstag den 17. Januar 1924, vormittags 8 Uhr** beginnend im Gerätehauptlager Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rüppurrerstraße).

Karlsruhe, 10. Jan. 1924.

Reichsbahndirektion
Materialamt. V.52.2.1.

Mit Wirkung vom 20. Januar 1924 werden die **Frachten der Normalklassen des Gütertarifs und die Frachten des Kohlenausnahmetarifs um 8 v. H.** ermäßigt. Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Reichsbahndirektion.

Karlsruhe, 12. Jan. 1924.

Reichsbahndirektion.

Druck G. Braun, Karlsruhe.